

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

Antrag Markus Knellwolf, glp

vom 22. August 2012

Traktandum SGB 055/2012: Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes

Als neue Ziffer soll in den Beschlussesentwurf aufgenommen werden:

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Budgetierung der Einnahmen vom Vorsichtsprinzip abzuweichen und zu einer möglichst realistischen Planung überzugehen.

Begründung:

Nach zehn Jahren Schwarzmalerei – die zugegebenermassen auch ihre Vorteile hatte, indem sie den Spardruck erhöhte und so die Sanierung des Haushalts erleichterte – ist es an der Zeit, bei der Erstellung der Finanzplanung das Vorsichtsprinzip aufzugeben und zu einer realistischen Planung überzugehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass aufgrund einer übervorsichtigen Planung wichtige Staatsaufgaben gekürzt oder gestrichen werden, obwohl dafür gar keine Notwendigkeit besteht. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der mittelfristigen Wachstumsprognose, bei der Budgetierung der nicht fiskalischen Einnahmen (Entgelte) und bei den prognostizierten Dividendenerträgen der Alpiq-Beteiligung. Diese drei Punkte seien hier kurz erörtert.

Zur mittelfristigen Wachstumsprognose:

Ein Vergleich mit der Finanzplanung des Bundes zeigt auf, dass der Kanton Solothurn mit pessimistischen Wachstumsraten rechnet. So geht der Bund davon aus, dass die Volkswirtschaft jeweils gegen Ende des Planzyklus zu ihrem „wirklichen“ Wachstumspotential zurückfindet (dem sogenannten „Trendwachstum“). Das Trendwachstum beträgt in der Planung des Bundes real 2 Prozent. Zählt man dazu die angenommene Teuerung von 1,5 Prozent, so rechnet der Bund mit einem nominalen BIP-Wachstum von 3,5 Prozent [Quelle: Schweizerische Eidgenossenschaft, Legislaturfinanzplan 2013-2015, S.5]. Der Kanton hingegen rechnet für die Jahre 2014-2016 mit einem nominellen BIP-Wachstum von 2 Prozent, zwischen der Prognose des Bundes und derjenigen des Kantons gibt es also eine beträchtliche Differenz von 1,5 Prozent. Ein Langzeitvergleich des BAKBasel-Instituts zeigt, dass die Abweichung der BIP-Prognose nicht durch strukturelle Unterschiede zwischen Kanton und Bund begründet werden kann. Die durchschnittlichen Wachstumsraten vom Kanton Solothurn und dem Bund waren im Zeitraum 2000-2008 praktisch identisch [Quelle: www.bakbasel.ch, Medienmitteilung vom 26.6.2009]. Die grosse Differenz zwischen den Annahmen des Bundes und des Kantons Solothurn zeigt, dass sehr, sehr vorsichtig budgetiert wird.

Zu den nicht fiskalischen Einnahmen:

Im Auftrag Knellwolf A196/2011 wird aufgezeigt, dass der Kanton seit 2005 die nichtfiskalischen Einnahmen (Entgelte) systematisch unterschätzt. Dies ist nicht verwunderlich: Für die Personen, die verantwortlich für die Budgetierung der Entgelte sind, ist es bedeutend einfacher, am Ende des Jahres zu hohe Einnahmen zu rechtfertigen als zu tiefe. Beim Bund hat man dieses Problem mit einer Durchschnittsregel gelöst, wobei begründete Ausnahmen möglich sind. Eine Analyse der letzten vier Jahre zeigt, dass der Kanton mit der Durchschnittsregel deutlich realistischer gefahren wäre. Es wird im vorliegenden Antrag nicht verlangt (wie im A196/2011), dass die Durchschnittsregel übernommen wird, sondern lediglich, dass der Kanton in diesem Bereich genauer budgetiert. Wie er das macht ist letztlich nicht entscheidend.

Dividendenerträge Alpiq-Beteiligung

Die Alpiq hat ihre Dividende von 8.70 Franken pro Aktie (2011) auf 2 Franken (2012) reduziert. Das ist aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auf dem europäischen Strommarkt und den hohen Abschreibungen im letzten Jahr nachvollziehbar. Es ist deshalb richtig, kurzfristig mit tieferen Dividenden erträgen aus der Alpiq-Beteiligung zu rechnen. Mittelfristig darf aber erwartet werden, dass der Konzern sich dank der aufgegleisteten Restrukturierung wieder erholt und damit die Dividendenauszahlungen an den Kanton wieder steigen, wenngleich diese die Höhe der Boomjahre 2008-2011 (13-15 Mio.) wohl nicht mehr erreichen werden. Es erscheint unter diesem Gesichtspunkt also auch hier sehr vorsichtig budgetiert, wenn der Regierungsrat die aktuell sehr tiefen Dividenden erträge im IAFP 2013-2016 einfach linear über den ganzen Planungszeitraum weiterzieht.